

REGIONALER PLANUNGSVERBAND OBERPFALZ- NORD

Niederschrift

über die

öffentliche Sitzung

des Planungsausschusses

am 10.03.2005

in der Feuerwache Amberg

Beginn 10.⁰⁵ Uhr
Ende 12.¹⁵ Uhr

Anwesende:

Mitglieder Mitglieder

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann
Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer
Bayer
MdL Heinz Donhauser
Maier
Stadtrat Josef Kummert
Stahl
Stadtrat Helmut Ruhland
Bürgermeister Franz Birkl
Bürgermeister Gerd Geismann
Bürgermeister Gotthard Färber
Bürgermeister Helmut Ott
Bürgermeister Hans Drexler
Kreisrätin Margit Kirzinger
stv. Landrat Willi Neuser
Bürgermeister Josef Zilbauer
Bürgermeister Robert Dotzauer
Bürgermeister Werner Windisch
Landrat Volker Liedtke
Kreisrat Hans Kraus
stv. Landrat Joachim Hanisch
Oberbürgermeister Helmut Hey
Bürgermeister Alois Seegerer
Bürgermeister Wilfried Neuber
Landrat Karl Haberkorn
Bürgermeister Toni Dutz
Bürgermeister Werner Nickl

stellvertretende

Stadtrat Georg Hägler
stv. Landrat Ludwig

Bürgermeister Albert

Bürgermeister Franz

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Auswirkungen des neuen BayLplG, Vorstellung durch den Sachgebietsleiter der Höheren Landesplanungsbehörde, RD Axel Koch
3. Jahresrechnungsergebnisse 2003 und 2004 - Feststellung
4. Überörtliche Rechnungsprüfung 2001 bis 2003, Beschlussempfehlung zur Änderung der Entschädigungssatzung
5. Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2005/2006
6. Kooperationen
7. Regionalplanfortschreibungen (Hochwasserschutz, Zentrale Orte, NP Hirschwald)
8. Organisationsreform an Berufsschulen, Karl Kirchberger, Ltd. RSchD
9. Schienenverkehr in der Region, Karl Raba, RVV
10. Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände in Bayern
11. Teilraumgutachten A 6
12. Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Verbandsvorsitzende, Landrat Simon Wittmann begrüßte die zahlreich erschienen Mitglieder (27 von 30), insbesondere den Hausherrn Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer, 2. stv. Vorsitzenden Oberbürgermeister Helmut Hey, Ltd. RSchD Karl Kirchberger, die Regierungsdirektoren Wolfram Friedl und Axel Koch, Herrn RVV-Hauptgeschäftsführer Karl Raba, die Verwaltung mit RD Bernhard Steghöfer und Kämmerer Anton Murr, Vertreter der Presse und eine Studentin aus Bayreuth als Gast.

Regionsbeauftragtem Wolfram Friedl wurde nachträglich zur Beförderung gratuliert. Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit und dem Verzicht von Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer auf ein Grußwort sprach der Vorsitzende eingangs ein aktuelles Problem mit dem Autobahnbau an: Mit Fertigstellung der Umgehung von Wernberg wird der Lkw-Verkehr weiter steigen und Orte wie Schnaittenbach und Hirschau oder Schwarzenfeld und Dürnsricht (Gemeinde Fensterbach) noch mehr belasten. Es müsse deshalb alles daran gesetzt werden, den Lückenschluss nach Amberg so schnell wie möglich und nicht erst 2008 zu schaffen. Beispielsweise sollte es nach Meinung von Fachleuten möglich sein, im Zweischicht-Betrieb zu bauen, private Finanzierungen einzubeziehen bzw. z.B. auch Planungskapazitäten von Straßenbauämtern zu nutzen. Der Planungsverband solle deshalb entsprechend Druck machen, um wenigstens ein Jahr früher die Verkehrsfreigabe zu erreichen. Unterstützung fand dieser Vorschlag von Bürgermeister Gotthard Färber, zugleich stv. Landrat von Amberg-Sulzbach und Landrat Volker Liedtke, Schwandorf, für den jeder Tag zählt. Außerdem soll die Angelegenheit in der nächsten Verbandsversammlung thematisiert werden.

TOP 2: Auswirkungen des neuen BayLplG

Der neue Leiter der Höheren Landesplanungsbehörde (= Sachgebiet 350 der Regierung der Oberpfalz), RD Axel Koch stellte in einem Kurzreferat die Hintergründe der Rechtsänderung, wesentliche Inhalte und Organisationsänderungen zum 01.01.2005 vor. Stichpunkte waren u.a. verschiedene Deregulierungen, wegfallende Regionalplaninhalte, die SUP-Richtlinie, Wegfall des Planungsbeirats, Entlastung der Verbandsversammlung, neue Zuständigkeiten für den Planungsausschuss und dessen Verkleinerung auf 24 Mitglieder ab Mai 2008.

Eine komprimierte Fassung des Statements von Herrn Koch ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Verbandsvorsitzender Simon Wittmann begrüßte die Neuerungen, weil sie auch zur Verwaltungsvereinfachung und Verringerung der zu bewältigenden Papiermengen im Rahmen von Verfahrensbeteiligungen führen. Außerdem ist die Moderatorenfunktion des Verbandes nunmehr im Gesetz festgeschrieben (Art. 25 Abs. 3 BayLplG) und damit die Möglichkeit gegeben, Themen auch politisch aufzugreifen. Bedauerlich ist allerdings, dass Vorbehaltsflächen für gewerbliche Siedlungstätigkeit nicht mehr zulässig sind.

Für die Anpassung der Regionalpläne an die neuen Rechtsrahmen wird es wahrscheinlich eine Übergangsfrist bis 2008 oder 2009 geben.

TOP 3: Jahresrechnungsergebnisse 2003 und 2004

Kreiskämmerer Anton Murr erläutert in einem Kurzvortrag die vorgelegten Zahlenübersichten.

Für 2003 schließt der Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit 210.494,53 € und der Vermögenshaushalt mit 9.504,89 € ab. Einsparungen von 18.788,18 € standen unabwiesbare Mehrausgaben v.a. für Sozialversicherungsbeiträge, Loseblattausgabe und Gerichtskosten von 9.997,82 € gegenüber; die Zuführung zum Vermögenshaushalt betrug 9.504,89 €. Zum 31.12.2003 erhöhte sich die Rücklage um 7.593,91 € auf 16.227,96 €.

Der Planungsausschuss genehmigte die über- und außerplanmäßigen Ausgaben und verwies die Jahresrechnung 2003 ansonsten an den örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss.

Für 2004 betragen die Abschlusszahlen im Verwaltungshaushalt 227.164,03 € und im Vermögenshaushalt 18.749,80 €. Über- und außerplanmäßige Ausgaben (v.a. Internetauftritt und überörtliche Prüfung) waren in Höhe von 2.626,03 € unabwiesbar. Diesen stehen aber Einsparungen von 15.543,77 € gegenüber. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt betrug 18.749,80 € und die Rücklage erhöhte sich zum 31.12.2004 auf 34.977,76 €. Dies wird zu Zuweisungskürzungen im Haushaltsjahr 2005 führen.

Der Planungsausschuss genehmigte die über- und außerplanmäßigen Ausgaben und verwies die Jahresrechnung 2004 ebenfalls an den Rechnungsprüfungsausschuss.

TOP 4: Überörtliche Rechnungsprüfung

Der Vorsitzende zitiert aus dem Prüfungsbericht des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes vom 11.08.2004, dass die Feststellungen aus dem letzten Bericht vom 22.08.2001 alle erledigt sind, die Haushaltswirtschaft und Kassenlage geordnet ist und die Entschädigungssatzung dem KommZG anzupassen wäre. Entgegen einer früheren Auffassung des Prüfungsverbandes hätten sogenannte geborene Ausschussmitglieder, d.h. die Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte keinen Anspruch auf Sitzungsgelder für Planungsausschusssitzungen. Es wird deshalb einstimmig beschlossen:

„Der Prüfungsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Verbandsversammlung wird vorgeschlagen, § 2 Abs. 2 Satz 1 der Entschädigungssatzung wie folgt zu fassen:
„Die sonstigen Verbandsräte und die Mitglieder des Planungsausschusses, des Rechnungsprüfungsausschusses und weiterer Ausschüsse erhalten neben dem Auslagenersatz, dessen Umfang sich nach Abs. 1 bestimmt, für die Teilnahme an Sitzungen jeweils ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,-- €, soweit sie nicht kraft ihres Amtes (Art. 31 Abs. 2 Satz 1 KommZG) der Verbandsversammlung angehören“.

TOP 5: Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2005/2006

Nach Art. 7 Abs. 5 Nr. 4 BayLplG ist nicht mehr die Verbandsversammlung sondern der Planungsausschuss für alle Haushaltsangelegenheiten abschließend zuständig. Kreiskämmerer Anton Murr erläutert deshalb die zugesandten Haushaltsunterlagen und schlägt vor, wegen der überschaubaren Größen wieder einen Doppelhaushalt aufzustellen. Da die Verwaltung des Verbandes insgesamt kostengünstig gestaltet werden kann, ist mit einer Kürzung der pauschalen staatlichen Zuweisungen zu

rechnen, solange die Rücklage ein Viertel des Staatszuschusses übersteigt. Für das Teilraumgutachten A 6 sind nur noch Restabwicklungen anzusetzen; nach einer Aktualisierung der Regionalplankarten sind eine umfangreiche Ergänzung der Loseblattausgabe und eine CD-ROM des Regionalplans vorgesehen. Ohne Diskussion werden die vorliegende Haushaltssatzung für die Jahre 2005 und 2006 mit ihren Anlagen gemäß § 2 Abs. 2 KommHV einstimmig beschlossen und die Finanzplanung für den Doppelhaushalt genehmigt.

TOP 6: Kooperationen

Herr Friedl erläuterte kurz sein vorgelegtes „Arbeitspapier“ vom 28.02.2005, wonach durch die Bildung von Kooperationsräumen ein regionalplanerisches Instrument zur Verfügung steht, in Eigenverantwortung der Gemeinden aktuelle Herausforderungen anzugehen und unter moderierter Leitung tragbare Lösungen zu finden. Diese könnten dann teilraumbezogen auch Eingang in den Regionalplan finden und verbindlich werden, ohne dass z.B. durch teure Gutachten nennenswerte Verfahrenskosten entstünden.

Vorsitzender Simon Wittmann ergänzt, der Regionale Planungsverband wolle sich nicht in Gemeinden einmischen sondern diese sollten von sich aus agieren wie z.B. das Vierstädte-dreieck Eschenbach i.d. OPf.-Grafenwöhr-Kirchenthumbach-Pressath. Oberbürgermeister Hey ergänzt, die Kooperationsgemeinschaft Schwandorf-Wackersdorf-Steinberg solle mit einbezogen werden; man plane dort sogar Kompetenzen im Baurecht abzustimmen.

Landrat Karl Haberkorn lenkt die Diskussion auf das Schlagwort Metropolregion, berichtet von Beratungen im Bereich Oberfranken-Ost und verweist auf mögliche Auswirkungen der künftigen EU-Förderung.

Herr Koch führt dazu aus, Sinn und Zweck von Metropolregionen sei noch nicht endgültig klar, das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie verfolge aber das Ziel, die Räume München und Nürnberg als Wachstumsmotoren zu stärken und unterstützt deshalb auch die Bemühungen Nürnbergs, ebenso wie z.B. Rhein-Main,

Stuttgart oder München als Metropolregion aktiv zu werden. Vorsitzender Simon Wittmann betont, das Thema müsse politisch weiterverfolgt werden und es gelte, die ländlichen Räume dürften nicht verblässen sondern müssten ihre Interessen bündeln und sich eigenständig darstellen. Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer verweist auf die in Brüssel laufenden Vorbereitungen künftiger Förderstrukturen (80 % der Bevölkerung wohnen in Metropolregionen). Aufgrund der großen Umgriffe von Metropolen und auch wegen der ÖPNV-Verflechtung haben sich die Städte Amberg und Sulzbach-Rosenberg bereits dafür ausgesprochen, sich nach Nürnberg zu orientieren.

Auf die Nachfrage von Frau Margit Kirzinger, ob das TRG-Startprojekt „Pforte Ost-West“ als Kooperationsraum berücksichtigt wurde, antwortet Vorsitzender Simon Wittmann, eine Regionalplanfortschreibung „Kooperationsräume“ wird ja erst im Entwurf vorbereitet und kann deshalb noch die verschiedensten Interessen und Vorschläge berücksichtigen.

TOP 7: Regionalplanfortschreibungen

Vorsitzender Simon Wittmann eröffnet das Thema Hochwasserschutz mit dem Hinweis, die Gemeinden könnten sich über das Beteiligungsverfahren intensiv und konkret einbringen.

Wie Herr Friedl betont, habe man deshalb auch ganz absichtlich eine längere Frist (bis 10.06.2005) vorgesehen. Andererseits wäre schon in der letzten Verbandsversammlung der hohe Stellenwert des Vorhabens seitens der Wasserwirtschaftsverwaltung betont worden und die Entwürfe sehen deshalb Überschwemmungsgebiete als Rückhalteräume, Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz und z.T. technische Maßnahmen vor.

Der Planungsausschuss beschließt einstimmig:

„Der vorgelegte Entwurf zur 13. Änderung des Regionalplans vom 01.02.2005 wird grundsätzlich befürwortet. Die Geschäftsführung wird mit der Einleitung und Durchführung des Beteiligungsverfahrens beauftragt; für die Abgabe von Stellungnahmen wird eine Frist bis 10.06.2005 festgesetzt. Der Regionsbeauftragte erhält den Auftrag, die eingehenden Stellungnahmen zu prüfen und das Auswertungsergebnis vorzulegen“.

Zum Thema Zentrale Orte fragt Bürgermeister Josef Zilbauer gleich nach, ob die Einstufung von Vohenstrauß als mögliches Mittelzentrum durch Maßnahmen der Verwaltungsreform (Behördenabbau) gefährdet ist. Nach Aussage von Herrn Wolfram Friedl führt aber ein Strukturverlust nicht zu Rückstufungen.

Aufgrund der neuen Zuständigkeit des Regionalen Planungsverbandes für die Bestimmung von Unterzentren gibt dieser den Gemeinden Gelegenheit, sich an einer Überprüfung der Zentralitätskriterien zu beteiligen. Nach entsprechenden Erörterungen soll dann ein Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplans mit Klein- und Unterzentren erstellt und ins Beteiligungsverfahren eingebracht werden.

Dessen Ergebnis ist dem Ausschuss wieder vorzulegen.

Mit dieser Vorgehensweise besteht einstimmig Einverständnis. Vorsitzender Simon Wittmann ermunert die Gemeinden, sich zu rühren, wenn sie eine Überprüfung haben möchten.

Zum Naturpark Hirschwald verweist Herr Friedl auf die Ausschusssitzung vom 02.03.2004 in Waidhaus, wo über die Initiative der Gemeinden im südlichen Landkreis Amberg-Sulzbach berichtet wurde und der Regionsbeauftragte gebeten wurde, einen Entwurf für die Regionalplanfortschreibung auszuarbeiten. Es ergeht deshalb folgender Beschluss:

„Der vorgelegte Entwurf zur 12. Änderung des Regionalplans vom 28.02.2005 wird grundsätzlich befürwortet. Die Geschäftsführung wird mit der Einleitung und Durchführung des Beteiligungsverfahrens beauftragt; für die Abgabe von Stellungnahmen wird eine Frist bis 20.05.2005 festgesetzt. Der Regionsbeauftragte erhält den Auftrag, die eingehenden Stellungnahmen zu prüfen und das Auswertungsergebnis vorzulegen.“

TOP 8: Organisationsreform an Berufsschulen

Vorsitzender Simon Wittmann berichtet, Lehrlingsausbilder hätten ihm mitgeteilt, mit Berufsschulverlagerungen vielfach nicht einverstanden zu sein und Ausbildungsplätze in Frage zu stellen, was aber in der derzeitigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage keinesfalls verkraftbar

wäre. Deshalb gebühre Herrn Ltd. RSchD Karl Kirchberger ausdrücklich Dank für seine Bereitschaft, zum Planungsausschuss zu kommen. Zur Problematik wendet

Ober-bürgermeister Wolfgang Dandorfer ein, es gäbe viel zu viele einzelne Berufsbilder und die zunehmende Aufsplitterung der Berufsfelder führe zu immer mehr kleinen Berufsschul-klassen, die dann in Ballungsräumen konzentriert würden. Es müsse seines Erachtens breiter ausgebildet und qualifiziert werden, auch um die späteren Berufschancen zu erhöhen. Der Regionale Planungsverband sollte deshalb zusammen mit den Kammern aktiv werden, um dieser zunehmenden Differenzierung entgegenzuwirken.

Herr Ltd. RSchD Karl Kirchberger sieht das in der Anhörung gegebene Planungskonzept der Regierung der Oberpfalz als Diskussionsgrundlage, verweist aber auf vorgegebene Eckpunkte wie z.B. Mindestklassenstärke, getrennte Beschulung ab 11. Jahrgangsstufe, Zweizügigkeit, Lehrkräfte- und Ausstattungsspezialisierung oder die Entwicklung in einzelnen Handwerks-berufen. Die Regierung der Oberpfalz ist bemüht, BS-Standorte in der Region zu halten und bittet, dies durch Schüleraustausch, Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Schulen und zukunftsorientierte Kooperationsbereitschaft zu unterstützen.

Auf den Vorschlag von MdL Heinz Donhauser, auch überregionale Fachsprengel für die nördliche Oberpfalz vorzusehen, entgegnet Landrat Karl Haberkorn, diese Schüler müsse man „kaufen“, d.h. die speziellen Schulausstattungen, Fachräume, Praxisplätze usw. und auch die nötige Internatsunterbringung würden enorme Kosten verursachen. Vorsitzender Simon Wittmann wird ermächtigt, unter Einbeziehung von Schulleitern eine Art Resolution an den Freistaat Bayern zu richten, der Berufsfelderaufsplitterung entgegenzuwirken.

TOP 9: Schienenverkehr in der Region

Der Verbandsvorsitzende berichtet von verschiedenen Vorstößen der Oberbürgermeister und Landräte für eine Verbesserung der Fernverkehrsverbindungen, der Elektrifizierung Regens-burg-Marktredwitz und gegen den Rückbau des Güterverkehrs. Als Referent konnte Haupt-geschäftsführer Karl Raba vom Regensburger Verkehrsverbund gewonnen werden.

Herr Raba berichtet von einer deutlichen Zugleistungs- und Fahrgaststeigerung in der Ober-pfalz aufgrund des verbesserten Nahverkehrsangebots, bemängelt aber den nach wie vor fehlenden Neigetechneinsatz und die Ersatzverbindungen für den Interregioverkehr. Nachdem eine auf einen speziellen Zug orientierte Ausschreibung vor zwei Jahren gescheitert ist, wäre jetzt geplant, von einer durchgehenden Verbindung München-Hof mit Verlängerung nach Leipzig bzw. Berlin abzurücken und nur noch gebrochenen Verkehr auszuschreiben. Die PlanungsArge Nahverkehr Mittelbayern hat deshalb am 21.01.2005 eine Resolution beschlos-sen und den Freistaat Bayern aufgefordert, für München-Hof durchgehende schnelle Züge mit Neigetechneinsatz und 2-Stunden-Takt vorzusehen und im Hinblick auf die Flughafen-anbindung, die EU-Osterweiterung und im Verbund mit dem Güterverkehr die fehlende Elektrifizierung mit Nachdruck zu verfolgen.

Landrat Karl Haberkorn unterstützt diese Forderungen, damit die Region nicht abgehängt werde. Bahnchef Mehdorn favorisiere angeblich die Verbindung Nürnberg-Dresden-Prag und halte nichts von der Neigetechneinsatz.

Mit dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Resolution vom 21.01.2005 vollinhaltlich zu unter-stützen, das Thema in die Verbandsversammlung am 03.06.2005 einzubringen und einen

DB-Vertreter einzuladen, besteht einstimmig Einverständnis.

TOP 10: Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände in Bayern

Oberbürgermeister Helmut Hey berichtet als 2. stv. Verbandsvorsitzender von einem Treffen am 20.10.2004 in Ingolstadt, wo die Vorsitzenden der 18 Regionen eine Arbeitsgemeinschaft der Planungsverbände gebildet haben, um ein gemeinsames „Sprachrohr“ zu haben, Einfluss auf die Staatsregierung ausüben und bei Gesetzgebungsverfahren und Reformen mitreden zu

können sowie eine verbandsübergreifende Zusammenarbeit zu erreichen. Es wurde aber ausdrücklich kein neuer Spitzenverband oder Verein geschaffen sondern ausdrücklich ein

loser Zusammenschluss ohne Mitgliedsbeiträge und eigene Geschäftsführung. Ein drei-köpfiges Führungsgremium besteht aus dem ersten Sprecher Landrat Luitpold Braun, Weilheim, dem zweiten Sprecher Landrat Manfred Pointner, Freising und dem Leiter des Arbeitskreises der Geschäftsführer, Peter Barteit, Landshut. Vorsitzender Simon Wittmann ergänzt, die Idee zur Arge sei im Rahmen der Anhörung zum BayLplG entstanden, wo sich gezeigt habe, dass eine Meinungsführerschaft und oft eine kurzfristige Äußerung oder Stellungnahme wichtig und entscheidend sind. Der Planungsausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 11: Teilraumgutachten

Herr Wolfram Friedl berichtet kurz, dass die sogenannte Konzeptphase des Gutachtens abgeschlossen ist (der 1. und 2. Projektbericht sind unter [www.region-oberpfalz-nord.de/Teilraumgutachten/Erste Ergebnisse veröffentlicht](http://www.region-oberpfalz-nord.de/Teilraumgutachten/Erste_Ergebnisse_veroeffentlicht)). Aus den Vorschlägen der

Gutachter und der Bewertung im letzten Workshop sind von der Lenkungsgruppe vier Startprojekte ausgewählt und definiert worden.

Die gebildeten vier Arbeitsgruppen entwickeln derzeit entsprechende Umsetzungsstrategien.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden soll die abschließende Ergebnisvorstellung durch die Gut-achter in einer Verbandsversammlung erfolgen.

TOP 12: Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die nächste Verbandsversammlung am 03.06.2005 im Hotel Miratel an der Autobahnausfahrt Mitterteich/Süd mit Staatssekretär Spitzner und Wahl der Verbandsvorsitzenden stattfinden wird. Änderungen der Verbandssatzung und ggf. der Geschäftsordnung werden aufgeschoben, bis eine neue Mustersatzung vorliegt.

Regionaler Planungsverband Oberpfalz-Nord
Neustadt a.d. Waldnaab, 17.03.2005

Simon Wittmann
Landrat und Verbandsvorsitzender

Karl Wittmann
Geschäftsführer